



Niederschrift

über die
7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und
Soziales
am 03.12.2014
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal.

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg.e Doris Brandt
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg.e Ute Gudella-de Graaf
Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Bernd Sievert
Abg.e Thea Tomforde
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Helmut Ringe
Abg. Heinrich Willenbrock

Vertreter für Herrn Mangels
Vertreter für Frau Buschmann
Vertreter für Herrn Lindenberg
Vertreter für Frau van Beek

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Bitomsky

Verwaltung

KVD´in Heike von Ostrowski
Ltd MD PD Dr. Frank Stümpel
MD´in Carmen Menzel
KAR Antje Brünjes
KI Ute Seiler
KOI Phillip Bartels

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg.e Angela van Beek
Abg.e Antje Buschmann
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Klaus Mangels

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Hüseyin Sarigül
Herr Helmut Wilshusen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung am 27.05.2014
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Förderanträge
- 5.1** Förderung des Betreuungsvereins der Arbeiterwohlfahrt im Landkreis Rotenburg e.V. für das Jahr 2015
Vorlage: 2011-16/0927
- 5.2** Förderung des Vereins Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e.V. für das Jahr 2015
Vorlage: 2011-16/0928
- 5.3** Förderung des Ev. Dorfhelferinnenwerks Niedersachsen e. V., Station Bremervörde, für das Jahr 2015
Vorlage: 2011-16/0939
- 5.4** Förderung des Vereins für Sozialmedizin Bremervörde e. V. für das Jahr 2015
Vorlage: 2011-16/0940
- 5.5** Förderung regionaler Begegnungsstätten und Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0929
- 5.6** Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"
Vorlage: 2011-16/0930
- 6** Haushaltspläne der Ämter 50 und 53
Vorlage: 2011-16/0931
- 7** Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 8** Anfrage und Berichte

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung um 14:40 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vors. Lienau fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Da keine Änderungswünsche vorliegen, wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung am 27.05.2014**

Vors. Lienau stellt die Niederschrift über die 6. Sitzung am 27.05.2014 vor. Da keine Änderungswünsche vorliegen, stimmen die Mitglieder des Ausschusses ab.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 27.05.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 7 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 3 |

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

KAR Brünjes berichtet zunächst über den kleinen Wohnraumbericht. Sie nimmt Bezug auf den Beschluss des Ausschusses in seiner Sitzung vom 26.11.2013 und erläutert, dass der Auftrag zur Erstellung des kleinen Wohnraumberichts unter Auswertung der Zensus-Daten am 20.11.2014 erteilt worden sei. Der Bericht, so führt sie weiter aus, werde für April 2015 erwartet. Auf Nachfrage der **Abg.e Dr. Hornhardt** zu den Kosten des Berichts, erläutert **KAR Brünjes**, dass 25.000 € eingeplant seien, der Bericht voraussichtlich noch etwas günstiger werden wird. **Abg.e Brandt** weist darauf hin, dass der Bericht mit einem Wert von unter 25.000 € damit erheblich günstiger werde als zunächst angenommen.

Sodann berichtet **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** über den niedersächsischen Fachtag „Wohnen im Alter mit Behinderungen“, an dem auch Frau Ministerin Rundt und Landrat Luttmann teilgenommen haben. Er führt hierzu aus, dass es zum Fachtag eine Vielzahl positiver Rückmeldungen gegeben habe und der Fachtag durch die Seniorenberatung gut vorbereitet worden sei. Danach berichtet er, dass im Rahmen der Maßnahme „SveN – Schwule Vielfalt erregt Niedersachsen“ im Oktober 2014 im Kreisgebiet HIV-Testungen und Beratungen für Männer, die Sex mit Männern haben, durchgeführt worden sind. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** setzt seinen Bericht fort und erläutert, dass eine Neuauflage des Seniorenwegweisers erarbeitet werde. Der Redaktionsschluss, so erläutert er, folge im Januar 2015, so dass die neue Version im nächsten Jahr zur Verfügung stehen werde. Er ergänzt, dass in die Neuauflage viele Arbeitsstunden investiert worden seien und eine Reihe von Änderungen berücksichtigt worden seien.

Schließlich berichtet **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** über den Aufbau eines Hygienenetzes. Er teilt mit, dass nachdem Mitte 2014 die erste Sitzung stattgefunden habe zwischenzeitlich die zweite Sitzung durchgeführt worden sei. Er erläutert weiter, dass an den Sitzungen, die auf eine freiwillige Selbstverpflichtung ausgerichtet sind, 26 Einrichtungen teilgenommen hätten und nun gemeinsam zukünftige Themen erarbeitet worden seien. Außerdem sei den Einrichtungen die Teilnahme an der Zertifizierung „Niedersächsisches Hygienesiegel“ angeboten worden. Nach erfolgreicher Teilnahme und entsprechender Feststellung durch das Gesundheitsamt werde den Einrichtungen zusammen mit dem Landesgesundheitsamt überreicht. Auf Nachfrage des **Vors. Lienau**, ob es Rückschlüsse für die Einrichtungen gäbe, die sich nicht um das Siegel bemühen, erläutert **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass dies indirekt möglich sei, da nicht-teilnehmende Einrichtungen kein Hygienesiegel vorweisen könnten. Er schließt seine Ausführungen mit der Hoffnung, dass im August 2015 möglichst viele der teilnehmenden Einrichtungen das Siegel erhalten werden. Auf Nachfrage von **Abg.e Dr. Hornhardt**, ob dieses Siegel nur für Altenheime gelte, erläutert **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass es sich um ein offizielles Zertifikat nur für Alten- und Pflegeheim handelt.

Sodann berichtet **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** weiter über den Stand der Untersuchungen zu der erhöhten Krebsrate in der Samtgemeinde Bothel. Bekanntlich hat sich nach den Daten des epidemiologischen Krebsregisters eine erhöhte Anzahl von Leukämien und Lymphomen bei älteren Männern gezeigt. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass aus dem Register keine Namen der Betroffenen zu erhalten seien, so dass eine Kontaktaufnahme zu den Betroffenen schwierig bzw. nicht möglich sei. Daher, so berichtet er weiter, seien in der Samtgemeinde Bothel zwischenzeitlich alle Bewohner älter als 16 Jahre mit einem Fragebogen angeschrieben worden. Von den ca. 7.000 versandten Fragebögen seien derzeit ca. 3.300 wieder zurückgekommen, so berichtet **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** weiter. Er führt weiter aus, dass er weitere Rückmeldungen erwarte und berichtet über die starke Arbeitsbelastung für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen er zugleich für deren Engagement dankt. Auf Nachfrage des **Abg. Sievert** wie der ältere Mann definiert sei, erläutert **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass es sich hier um Männer ab 60 Jahren handle und ergänzt, dass die eingehenden Rückmeldungen der Fragebogenaktion in 2015 zusammen mit dem Landesgesundheitsamt ausgewertet werden sollen. **Vors. Lienau** dankt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** für seinen Bericht und fragt, ob Handlungsempfehlungen aus den Ergebnissen gegeben werden können. Hierzu erläutert **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass es hierfür noch zu früh sei. Auf Nachfrage von **Abg.e Dr. Hornhardt** zur benötigten Anzahl von Rückmeldungen für eine statistische Auswertung, erklärt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass es einerseits darum gehe die 41 bekannt gewordenen Krebsfälle zu identifizieren und andererseits eine größtmögliche Datenmenge zu erhalten. In diesem Zusammenhang so erläutert er weiter, sei auch der Zeitraum auf beginnend ab 1995 ausgeweitet worden und für die beste Auswertung würden ca. 6.000 Rückmeldungen benötigt. Auf Nachfrage von **Abg.e Dr. Hornhardt**, ob auch beispielsweise Daten der Krankenhäuser hinzugezogen werden könnten, erklärt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass dies aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich sei. Auf Nachfrage von **Abg.e Brandt**, ob die zusätzliche Arbeit mit den vorhandenen und für das Jahr 2015 nicht erhöht geplanten Ressourcen bewältigt werden könne, erläutert **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**, dass bisher durch Umschichtungen im Haushalt und die hohe Motivation der Mitarbeiterinnen die anfallenden Aufgaben auch so bewältigt werden konnten. Er fügt hinzu, dass jedoch ggf. bei einer Ausweitung der Befragung auf ein weiteres Untersuchungsgebiet weitere Aufwendungen und Personalbedarfe nötig werden könnten. Schließlich dankt **Vors. Lienau** den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Förderanträge**

Punkt 5.1 der Tagesordnung: **Förderung des Betreuungsvereins der Arbeiterwohlfahrt im Landkreis Rotenburg e.V. für das Jahr 2015**
Vorlage: 2011-16/0927

Vors. Lienau stellt die Beschlussvorlage vor. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen sodann ab.

Beschluss:

Der Betreuungsverein der Arbeiterwohlfahrt im Landkreis Rotenburg e.V. erhält für das Jahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 6.000 €.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 10 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 5.2 der Tagesordnung: **Förderung des Vereins Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e.V. für das Jahr 2015**
Vorlage: 2011-16/0928

Vors. Lienau stellt die Beschlussvorlage vor und weist dabei insbesondere auf die abweichende Höhe der Förderung hin. **Abg. H.-G. Bargfrede** spricht sich für die deutliche Erhöhung aus und regt an, auch bei den Gemeinden eine Beteiligung anzufordern. Sodann stimmen die Mitglieder des Ausschusses ab.

Beschluss:

Der Verein Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e.V. erhält für das Jahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 20.000 €

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 10 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 5.3 der Tagesordnung: **Förderung des Ev. Dorfhelferinnenwerks Niedersachsen e. V., Station Bremervörde, für das Jahr 2015**
Vorlage: 2011-16/0939

Vors. Lienau stellt die Beschlussvorlage vor. Danach stimmen die Mitglieder des Ausschusses ab.

Beschluss:

Ev. Dorfhelferinnenwerk Niedersachsen e.V., Station Bremervörde erhält für das Jahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 250,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 5.4 der Tagesordnung:

Förderung des Vereins für Sozialmedizin Bremervörde e. V. für das Jahr 2015
Vorlage: 2011-16/0940

Vors. Lienau stellt zunächst die Beschlussvorlage vor. Nachdem **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** bestätigte, dass eine Vereinbarung mit dem Verein zwischenzeitlich geschlossen worden sei, beantragte **Abg. H.G. Bargfrede**, den zweiten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen. Für diesen Vorschlag sprach sich auch **Abg.e Brandt** aus. Daraufhin stimmten die Mitglieder des Ausschusses über den geänderten Beschlussvorschlag ab.

Beschluss:

Der Verein für Sozialmedizin Bremervörde e.V. erhält für das Jahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 130.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 5.5 der Tagesordnung:

Förderung regionaler Begegnungsstätten und Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0929

Vors. Lienau stellt die Beschlussvorlage vor. **Abg.e Brandt** weist sodann darauf hin, dass die neue Planung auf Stellen ausgelegt sei und der Ansatz deutlich verbessert worden sei. Zugleich regt sie an, in der Zukunft die Förderung der Höhe nach erneut zu prüfen. Im Anschluss stimmen die Mitglieder des Ausschusses ab.

Beschluss:

1. Die Träger GESO gGmbH, TANDEM e.V. und Ev.-luth. Kirchenkreis Rotenburg erhalten Förderungen für das Jahr 2015 auf Grundlage der geschlossenen Fördervereinbarung entsprechend der Tabelle im Sachverhalt.
2. Für das Haushaltsjahr 2015 werden im Produkt 35.1.03 – Besondere soziale Hilfe – Haushaltsmittel in Höhe von 78.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Vors. Lienau stellt zunächst die Vorlage vor. Auf Nachfrage von **Abg.e Brandt** zum Bestehen einer Antragsfrist, erläutert **KAR Brünjes**, dass eine Antragsfrist bis zum 15.08. eines Jahres für Förderungen im Folgejahr vorgesehen sei. Daran anschließend erläutert **KVD´in von Ostrowski** auf die Nachfrage von **Abg. Genter-Mickley**, dass diese Frist den Antragstellern auch bekannt sein müsste, da die Verwaltungshandreichung veröffentlicht worden sei. **Abg. H.-G. Bargfrede** merkt hierzu an, dass diese Frist eine seit Jahrzehnten übliche Praxis im Landkreis Rotenburg (Wümme) sei und regt mit Blick auf die verspätet eingegangenen Anträge an, auf eine rechtzeitige Antragstellung im nächsten Jahr hinzuweisen. Auf Nachfrage von **Abg.e Dr. Hornhardt** zum Verwendungszweck der Fördermittel der Tafeln erklärt **Abg.e Brandt**, dass diese Mittel u.a. Miet- und Stromkosten sowie Aufwendungen für Versicherungen decken. **Abg. H.-G. Bargfrede** hebt hervor, dass hier eine Vielzahl von Einzelpositionen beraten werde, die mit sehr viel ehrenamtlicher Arbeit verbunden seien und regt an, dem Vorschlag zuzustimmen. Auf Nachfrage von **Abg. Sievert**, ob der Beschluss die Förderung der Anschaffung des Transporters enthalten solle, weist zunächst **KAR Brünjes** darauf hin, dass es sich um eine Investitionsförderung handele. Diesem Hinweis stimmt **Abg.e Brandt** zu und merkt an, dass die Anschaffung eines Transportfahrzeuges auch in Rotenburg bezuschusst worden sei. Sodann kommen die Mitglieder des Ausschusses überein, über die Unterstützung aller vorliegenden Förderanträge in Höhe von insgesamt 42.010 € abstimmen zu wollen.

Beschluss:

Vorliegende Förderanträge sind entsprechend den jeweils im Einzelfall vorgesehenen Haushaltsmitteln und den Verwaltungshandreichungen zu bescheiden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 10 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Vors. Lienau stellt die Produkte im Teilhaushalt des Sozialamtes vor. Um 15:34 Uhr kommen **Abg.e Gudella-de Graaf** und **Abg. Ringe** zur Sitzung hinzu. Auf Nachfrage von **Abg. H.G.Bargfrede** zum Abrechnungsstand im Produkt Altenhilfe (Produkt 31.1.08, S. 211 des Haushaltsplans 2015) erläutert **KAR Brünjes**, dass der derzeit ca. 17.000 € abgerechnet worden seien. Der Ansatz für 2015 sei demnach, so ergänzt **Abg. H.-G. Bargfrede**, passend. Im weiteren Verlauf der Vorstellung der Produkte durch **Vors. Lienau**, fragt **Abg.e Brandt** nach, aus welchen Gründen im Produkt 31.1.12 „Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 34 SGB XII“ ein relativ geringer Betrag ausgewiesen sei. In diesem Zusammenhang weist **KAR Brünjes** darauf hin, dass es sich um die lediglich Leistungsfälle des SGB XII handele, die im Vergleich zu den Bildungspaketleistungen insgesamt eine untergeordnete Bedeutung inne hätten. Nachdem **Vors. Lienau** die Planungen im Produkt 31.3.01 „Leistungen gemäß AsylbLG“ vorgestellt hat, weist **KAR Brünjes** darauf hin, dass das Jahr 2014 voraussichtlich mit Aufwendungen in Höhe von 3,7 Mio. € abschließen werde und daher eine Neuplanung für den Ansatz 2015 erforderlich sei. In diesem Zusammenhang schlägt sie vor, nunmehr 4,84 Mio. € für Transferaufwendungen (S. 220 des Haushaltsplans 2015) einzuplanen. **KVD´in von Ostrowski** weist ergänzend darauf hin, dass die Kostenerstattung des Landes bereits berücksichtigt sei und im nächsten Jahr nicht ansteigen werde. **Abg.e Brandt** erinnert hinsichtlich der Erstattung an die Problematik der bestehenden gesetzlichen Regelungen, die Aufwendungen aus 2013 als Basis der Kostenerstattung für das Jahr 2015 zu Grunde legten. **Abg. H.-G. Bargfrede** sieht hierin eine der Höhe nach und

des Zeitpunkt der Erstattung nach unzureichende Erstattung seitens des Landes. Auf Nachfrage von **Abg. Bussenius**, ob der Ansatz der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 2 AsylbLG auskömmlich sei, erläutert **KAR Brünjes**, dass bei der Bestimmung des Ansatzes von den aktuellen Ausgaben ausgegangen sei. Sodann fragen **Abg. Genter-Mickley** und **Abg.e Brandt**, ob Kenntnisse bestehen, aus welchen Gründen die Aufwendungen in 2014 hinter dem Ansatz 2014 zurückbleiben. **KAR Brünjes** verweist in diesem Zusammenhang auf die vorhergegangenen Werbeaktion und kommt zu der Einschätzung, dass das Produkt nicht nachgefragt werde. Sie regt weiter an, auch im Bereich der Asylbewerberleistungen eine entsprechende Beratung vorzunehmen. Diese Anregung greifen **Abg.e Brandt** und **Vors. Lienau** auf und sehen hierin ein Thema für die Fortbildung der Asylbegleiter. Sodann setzt **Vors. Lienau** die Vorstellung der Produkte fort. Zum Produkt 34.5.01 „Landesblindengeld“ merkt **Vors. Lienau** an, dass es nach seiner Wahrnehmung schwierig sei, das Landesblindengeld zu erhalten und fragt nach Erfahrungen der Verwaltung.

Antwort zu Protokoll: Das Landesblindengeld ist eine freiwillige Leistung des Landes Niedersachsen. Zivilblinde (blinde Menschen) erhalten unabhängig vom Lebensalter Landesblindengeld zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen. Voraussetzungen für den Erhalt sind die Feststellung des Merkzeichens BL sowie der gewöhnliche Aufenthalt im Land Niedersachsen. Detaillierte Erfahrungen des Landkreises zu Schwierigkeiten der Inanspruchnahme von Landesblindengeld liegen nicht vor.

Im Rahmen der weiteren Vorstellung der Produkte durch **Vors. Lienau** weist **KVD'in von Ostrowski** zum Produkt 35.1.03 „Besondere soziale Hilfen“ (S. 247 des Haushaltsplans 2015) darauf hin, dass hier die Transferaufwendungen aufgrund des vorangegangenen Beschlusses um 10.000 € zu erhöhen seien. Sodann stellt **Vors. Lienau** die weiteren Produkte vor. Mit Blick auf das Produkt 52.2.02 „Wohnungsbauförderung“ (S. 254 des Haushaltsplans 2015) fragt **Abg. H.-G. Bargfrede** nach dem aktuellen Stand. **KAR Brünjes** erläutert hierzu, dass zwischenzeitlich zu Anträgen für 18 Wohnungen 10 Bewilligungen und 8 Ablehnungsentscheidungen getroffen worden seien. Sie führt weiter aus, dass im November 2014 zwei Auszahlungen der entsprechenden Förderungen erfolgt seien. Auf die weitere Nachfrage von **Abg. H.-G. Bargfrede**, ob es sich um städtisch oder dörflich gelegene Wohnungen handelt, erklärt **KAR Brünjes**, dass es in Dörfern gelegene Wohnungen seien. **Abg.e Dr. Hornhardt** verweist sodann auf eine Sitzung des Seniorenrates der Samtgemeinde Bothel, bei der Mitarbeiter des Bauamtes über geringe Bewilligungen berichtet hätten. Sie regt an, die Erhöhung des Wohnraumförderbetrages je Wohnung zu überlegen. **Herr Bitomsky** ergänzt hierzu, dass das Programm nicht die Vermieter treffe, für die es gedacht sei. **Abg. H.-G. Bargfrede** weist darauf hin, dass der Wohnungsbau Aufgabe des Landes und der Gemeinden sei. **Abg.e Brandt** regt an, die Werbung für das Programm zu erhöhen und schlägt daher eine entsprechende Präsentation auf der Homepage des Landkreises vor. Nachdem sie sodann anregte eine Änderung der Richtlinie anzudenken, weist **KVD'in von Ostrowski** darauf hin, dass es sich um zeitlich befristetes Programm handele und in 2015 die Förderung auslaufen werde. Sie regt sodann an, das Programm unverändert zu belassen und ab 2016 neu aufzuarbeiten. Schließlich erhält der Vorschlag von **Abg.e Brandt**, das weitere Vorgehen im Rahmen der Arbeitsgruppe zu überlegen, allgemeine Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder.

Sodann stellt **Vors. Lienau** die Produkte im Teilhaushalt 6 „Gesundheit“ vor. In diesem Zusammenhang weist **KI Seiler** zum Produkt 41.2.01 „Gesundheitliche sowie Konflikt-Beratung, Förderung Beratungsstellen“ auf die Erhöhungen des Ansatzes 2015 für die Transferaufwendungen aufgrund des vorangegangenen Beschlusses auf 150.000 € hin. Nachdem **Vors. Lienau** die weiteren Produkte vorgestellt hat, weist **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** nach Nachfrage von **Abg.e Brandt** mit Blick auf das Produkt 41.4.02 „Gesundheitsvorsorge und Gutachterwesen“ darauf hin, dass etwaige Mehrkosten für die Ausweitung der Krebsuntersuchungen hier einzupflegen seien.

Nachdem keine weiteren Fragen zu den Produkten vorliegen, stimmen die Mitglieder des Ausschusses ab.

Beschluss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2015 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 12 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg.e Dr. Hornhardt fragt nach, ob zur Erhebung von Daten zu den Krebsfällen weiteres Wissen neben den Fragebögen, beispielsweise durch Veranstaltungen in den Ortschaften, gewonnen werden könne. Hierzu führt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** aus, dass für solche Veranstaltungen das Personal nicht ausreiche und das etwaige so gewonnenen Daten, da sie nicht aus einem strukturierten Verfahren stammten, nicht verwertbar seien.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Lienau** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:16 Uhr.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfrage und Berichte**

Da keine weiteren Anfragen und Berichte vorliegen, schließt **Vors. Lienau** die Sitzung um 16:18 Uhr.

Lienau
(Vorsitzender)

von Ostrowski
(Kreisverwaltungsdirektorin)

Bartels
(Protokollführer)